



GREENPEACE



Gemeinsame Pressemitteilung vom 21. April 2005

REACH: Chancen und Profit für den Mittelstand

Berlin: Der heutige organisierte Aufmarsch von Mitarbeitern kleiner und mittelständischer Unternehmen am Brandenburger Tor gegen das neue EU-Chemikaliengesetz beruht nach Ansicht der Verbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Deutscher Naturschutzring (DNR), Greenpeace, Naturschutzbund (NABU), WWF und Women in Europe for a Common Future (WECF) auf Missinterpretationen der derzeitigen Gesetzesvorlagen. Die Registrierung, Evaluation und Autorisierung von Chemikalien (REACH) würde, anders als von der Chemieindustrie behauptet, kleinen und mittleren Unternehmen enormen Nutzen bringen.

Patricia Cameron, Chemikalienexpertin des BUND: „Alle Behauptungen, REACH würde den Mittelständlern schaden, sind falsch. Der Mittelstand wäre gut beraten, sich nicht vor den Karren der Großchemie, des Verbandes der Chemischen Industrie und des BDI spannen zu lassen. REACH wird den europäischen Weiterverarbeitern von Chemikalien einen enormen Wettbewerbsvorteil und wieder mehr Kundenvertrauen verschaffen. Ihre Produkte werden ein Gütesiegel für umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemikalien "Made in Europe“ tragen können.“

Die tatsächlich anfallenden Kosten kleiner und mittlerer Unternehmen für die Registrierung der von ihnen verarbeiteten Chemikalien fielen deutlich geringer aus, als von der Industrie behauptet. So könnten kleine und mittelständische Unternehmen durch REACH auf die Sicherheitsdaten registrierter Chemikalien von größeren Herstellern zurückgreifen. Durch eine gemeinsame Datenregistrierung für gleiche Stoffe, die von mehreren EU-Mitgliedstaaten vorgeschlagen wurde, könnten Kosten weiter reduziert werden. Sogar eine industrie-eigene und bisher unveröffentlichte Studie zu REACH komme zu dem Schluss, dass der Kostendruck für die Industrie durch REACH gering sei und durch das Gesetz keine Produkte vom Markt verschwinden würden.

Karl Wagner, Leiter der Chemikalienkampagne beim WWF: "Die Industrie sollte aufhören, jegliche Umweltgesetzgebung mit den immer gleichen unrichtigen Argumenten zu bekämpfen und Beschäftigte von Klein- und Mittelbetrieben mit Halbwahrheiten auf die Straße zu schicken. So liegt die Pflicht zur Registrierung der Chemikalien in erster Linie bei Chemieproduzenten und Importeuren und nicht bei der verarbeitenden Industrie.“

Bei kleinen Produktionsvolumen erhielten die Unternehmen elf Jahre Zeit für die Anmeldung der von ihnen produzierten Chemikalien. Darüber hinaus bekämen kleine und mittelständische Unternehmen durch REACH mehr Informationen von ihren Zulieferern über die Umwelt- und Gesundheitsgefahren der genutzten Substanzen und somit mehr Möglichkeiten bei der Auswahl sicherer Alternativen. Der verbesserte Informationsfluss, den REACH gewährleiste, ermögliche weitere Kosteneinsparungen zum Beispiel beim Arbeitsschutz. Eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie habe ergeben, dass europaweit mit der neuen Chemikaliengesetzgebung in den nächsten 30 Jahren 18 bis 54 Milliarden Euro Gesundheitskosten für Arbeitnehmer eingespart werden könnten.

Cameron: „Die EU-Kommission ist in ihrer Gesetzesvorlage dem Druck der Industrie schon weit entgegen gekommen und hat zahlreiche Abschwächungen eingeführt – auch auf Kosten des Umwelt- und Gesundheitsschutzes. Weitere Verwässerungen gefährden das gesamte Ziel der neuen Regulierung und können auf keinen Fall toleriert werden.“

Mehr Informationen zu REACH: www.bundgegengift.de

Kontakt:

Almut Gaude, BUND-Pressereferentin, Tel: 030-27586-464, E-Mail: presse@bund.net; Stefan Krug, Greenpeace, Tel: 030-308899-20, Mobil: 0171-8780836, E-Mail: stefan.krug@greenpeace.de; Karl Wagner, Chemieexperte WWF Deutschland, Tel.: 030-308742-12, E-Mail: kwagner@funding-visions.com; Daniela Rosche, WECF, Tel: 0031-302310-300, E-Mail: daniela.rosche@wecf.org